

um einen sich zu Höherem berufen fühlenden Pfleger handelt, selbst wenn der Eingriff gut geht.⁷⁹¹

b) Elterliche Einwilligung in Genitalverstümmelung ihrer Kinder, sog. Beschneidung von Mädchen und Knaben. Zu dem Fragenkreis ist ausführlich im einschlägigen Kontext der Einwilligung in Körperverletzungen, § 228, Stellung genommen, § 228 Rn 103 a ff. Hier sei nur eine kurze Summe angedeutet: Das Bestimmungsrecht der Eltern aus Art 6 Abs. 2 S. 1 GG eröffnet diesen per se keine Rechtsmacht, in die körperliche Unversehrtheit des Kindes, geschützt in Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG,⁷⁹² einzugreifen. In Wirklichkeit dürfte es auf das religiöse Motiv der Eltern und des Mohel/Arztes weder verfassungsrechtlich⁷⁹³ noch strafrechtlich ankommen.⁷⁹⁴ Denn jene Motivierung spielt grundsätzlich nur im Rahmen von Schuld und Strafzumessung eine Rolle, lässt aber den ansonsten erfüllten objektiven wie subjektiven Tatbestand unberührt. – Nach herrschender Dogmatik kam bis zur Einfügung des § 1631 d BGB zumindest objektiv weder ein Rechtfertigungs- noch ein (durchschlagenden) Entschuldigungsgrund in Betracht. Freilich ist die Konfliktsituation und die hierbei vorgebrachten Gründe mehr als komplex. Insbesondere sollte nicht verkannt werden, dass die Religion selbst ein Feld der Sinn- und Identitätsstiftung sein kann (so *Habermas*). Klar ist aber auch: Jede Form von psycho-physischer Gewaltanwendung gegen Kinder ist im Rahmen der Pflege und Erziehung untersagt.⁷⁹⁵ So betonte *Eschelbach* in seiner Kommentierung von 2010:⁷⁹⁶ „Eine Operation, noch dazu im ‚Kernbereich‘ des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (*Lack* ZKJ 2012, 336, 338), ist kein Mittel der Erziehung im Sinne von § 1632 Abs. 1 BGB, weil sich Erziehung in der Vermittlung von Wissen und Verhaltensregeln oder auch von Überzeugungen in Glaubensfragen (BVerfGE 93, 1 [17]) ausdrückt, nicht aber in einer Substanzverletzung des Körpers.“ (Herv. im Original). Die Spannung entsteht indes gerade dort, wo die Substanzverletzung nicht allein zum Zweck der (religiösen) Erziehung unternommen wird, sondern selbst Teil eines normativen (und familiär gelebten) Selbstverständnisses ist.

Zu beachten ist andererseits: Würde eine neu etablierte religiöse Gruppe, als Zeichen des engen Bundes des Menschen mit ihrem Gott verlangen, dass die Fingerkuppe des kleinen Fingers der linken Hand entfernt werde, wäre das jedenfalls in der deutschen Zivilgesellschaft kaum ver-

791 BGH NSTz 1987, 174 m. zust. Anm. *Sowada* JR 1988, 123; *S/S/W-Rosenau* Rn 40. Eine Rückausnahme wird man allenfalls bei ganz bagatelösen Eingriffen machen dürfen, so BGHSt 16, 309 (311) (Famulus-Fall).

792 *Zähle* Religionsfreiheit und fremdschädigende Praktiken, AöR 134 (2009) 434 (440); verfehlt daher der RegEntw v. 6.1.2012 / BT-Drucks. 17/11295. Sachgerechter ist da der Entw. *Rupprecht* u.a. v. 8.11.2012, Drucks. 17/11430, der die Entscheidung über eine allfällige Beschneidung auf das 14. Lebensjahr vertagt.

793 So aber *Wiater* NVwZ 2012, 1379 (1381); s. auch *Isensee* JZ 2013, 324 ff; gegen ihn zutr. *Wolf, Christoph* *Scheinfeld* JRE 24 (2016) 67 (90 ff).

794 *Herzberg* JZ 2009, 332 ff; Steht dem biblischen Gebot der Beschneidung ein rechtliches Verbot entgegen?, *MedR* 2012, 169 ff; *Jerouschek* NSTz 2008, 313 ff; *R. Merkel* Stellungnahme für den Deutschen Ethikrat bei der Anhörung im Rechtsausschuss vom 23.11.2012, S. 4 f, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=4277&id=1213> (letzter Aufruf: 9.3.2017). AA: *Radtke* Stellungnahme für den Deutschen Ethikrat bei der Anhörung im Rechtsausschuss vom 23.11.2012, S. 8 ff, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=4277&id=1213> (letzter Aufruf: 9.3.2017); *Chr. Walter* ebd., S. 5 ff, sowie, ebd., deren mündlichen Äußerungen, Wortprotokoll, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=4277&id=1213> (letzter Aufruf: 9.3.2017), S. 11 f (12 ff, 15 ff).

795 *Czerner* ZKJ 2012, 374, 379; *MüKoStGB/Schlehofer* § 32 Rn 166; *BeckOK StGB/Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 35.1 iVm Rn 9.5 ff.; differenzierend *Hörnlel Huster* JZ 2013, 328; vgl jetzt auch *Köhler Kühl-FS* (2014) 295 ff. und *Fabl Beulke-FS* (2015) 81 ff.

796 *BeckOK StGB/Eschelbach* (13. Ed. 1.12.2010) § 223 Rn 35.3 (ähnl., nicht mehr ganz so griffig, 32. Ed. 1.9.2016). Dort auch angemessen-giftig gegenüber der abwieglerschen, die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen wollenden, namentlich allgemein- und rechtspolitischen Debatte, *BeckOK StGB/Eschelbach* (13. Ed. 1.12.2010, sowie jetzt: 32. Ed. 1.9.2016, aaO) § 223 Rn 9 ff (incl. Annex-Rn), 35.1 ff. In der Neuaufgabe findet sich diese Formulierung so allerdings leider nur noch sinngemäß, bei aller dortiger dezidierte Ablehnung der hM mit ihrer vorgeblichen Statthaftigkeit der Knaben-Beschneidung. – Ähnl. iE (wie hier): *Czerner* ZKJ 2012, 374 (380); *Herzberg* ZIS 2012, 486 (492); *Jerouschek* FS Dencker (2012) 171 (177); *Kempff* JR 2012, 436 (438); *Köhler* FS Kühl (2014) 295 (308); *Peschel-Gutzeit* FS Brudermüller (2014) 517 (520); *Pfabl-Traugbber* Vorgänge (2012) Nr 3, 124 ff; *Putzke* FS Herzberg (2008) 669 (706); *Zähle* AöR 134 (2009) 434 (437 f).

mittelbar. Die Frage ist daher, ob eine Beschneidung nicht von ähnlicher körperlicher Eingriffsintensität ist und deshalb eine (unnötige) Integritätsverletzung des Kindes darstellt.⁷⁹⁷ Insoweit kann die jahrtausendealte Tradition im Judentum (Brit Mila) und die jahrhundertealte in einigen muslimischen und anderen Religionsgemeinschaften nicht ohne Weiteres als Legitimation herangezogen werden (vgl. aber u.a. Art. 140 GG iVm 137 WRV).⁷⁹⁸ In der Sache geht es wohl darum, welches Verständnis von Säkularität der moderne Staat durchsetzen kann (und muss) und welche Formen von Sakralität/Religiosität damit vereinbar sind. Für das Strafrecht steht hier vor allem die **Allgemeinverbindlichkeit** des (individuellen) Rechtsgüterschutzes auf dem Spiel. Denn wieso erzwingen wir den Schulbesuch von Kindern auch gegen den religiös motivierten Willen der Eltern, jene selbst erziehen zu wollen?⁷⁹⁹ Wobei noch nicht einmal eine körperliche Integritätsverletzung in Rede steht.⁸⁰⁰

- 156d Nicht zuletzt (kriminal-)politische und historische Gründe (namentlich die Verantwortung Deutschlands mit Blick auf die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die Shoa) haben 2013 zum Erlass des § 1631 d BGB geführt:⁸⁰¹

„(1) ¹Die Personensorge umfasst auch das Recht, in eine medizinisch nicht erforderliche Beschneidung des nicht einsichts- und urteilsfähigen männlichen Kindes einzuwilligen, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt werden soll.“

Dogmatisch gesehen hat der Gesetzgeber einen eigenständigen Rechtfertigungsgrund geschaffen (vgl. nur *Hörnle/Huster* JZ 2013, 328). Er hat damit versucht, den Konflikt im Sinne eines *dynamischen* Ausgleichs der in Rede stehenden Interessen zu entschärfen. Das wird nicht nur in der Strafrechtswissenschaft von vielen kritisch gesehen.⁸⁰² Eltern- und Kindesrechte, Fragen der Religionsausübung und der konkreten Personensorge werden in einem wechselbezüglichen Prozess verortet, wobei § 1631 d StGB darauf rekurriert, dass im Rahmen des Eltern-Kind-Staat-Verhältnisses eine **asymmetrische Abwägungssituation** zugunsten der Eltern besteht. Der moderne Staat erkennt danach ein weitreichendes Erziehungs- und Sorgerecht der Eltern an und

797 Dabei sei nicht verkannt, dass Eltern etwa durch eklatante Fehlernährung uU gesundheitlich viel schlimmere Beeinträchtigung hervorrufen können, ohne dass der Staat eingreift, – wenn diese nur ihrer „Streu- und Kehrpflicht“ genügen. Doch wird man auch in solchen Fällen noch zwischen absichtlichen und nur leichtfertig übersehenen Integritätsverletzungen unterscheiden müssen. Dass die Grenzen – jenseits religiöser Selbstverständnisse – fließend sein können, zeigt sich etwa an der Praxis des Piercings oder des Beibringens von Tattoos im frühen Kindesalter.

798 AA: hM: *Pabel* in Rees u.a. *Entwicklungen* (2013) S. 467 (477 ff); wobei *Pabel* aber immerhin in Fn 38 (S. 478) den Vorbehalt anmeldet, dass dies anders wäre, wenn wissenschaftlich eine „erhebliche Beeinträchtigung“ zu konstatieren wäre; *dies*. *ÖR*Jhrb 2013, 23 (28 ff).

799 BVerfG (1. Sen., 2. Kam.) NVwZ 2003, 1113 f; EGMR 11.9.2006, 35504/03, BeckRS 2008, 06621 – FK. u.a./D; OVG Bremen NVwZ-RR 2004, 658 ff. Zum kleinen Überblick etwa: *Brückner* FÜR 2007, 470 ff.; mit größerem Fokus *Dreier*, *Säkularisierung und Sakralität. Zum Selbstverständnis des modernen Verfassungsstaates*, 2013.

800 Vgl. zu den dort bestehenden faktischen Problemen aufschlussreich: *Minor procedures und OP-Techniken*, auf: *beschneidung-von-jungen.de*, <http://www.beschneidung-von-jungen.de/home/medizinisches-grundwissen/schmerzen/durchfuehrung.html>, (letzter Aufruf: 9.3.2017), sowie: *Die effektive Schmerzbehandlung*, ebenda, <http://www.beschneidung-von-jungen.de/home/medizinisches-grundwissen/schmerzen/effektive-schmerzbehandlung.html> (letzter Aufruf: 9.3.2017). Für eine an § 218 a StGB angelehnte Beratungslösung spricht sich *Großmann* HRRS 2013, 515 ff, aus. – Zum Gesamtkomplex auch vertiefend: *Manok* *Beschneidung* (2015).

801 Eingefügt durch G v. 20.12.2012 (BGBl. I 2749), mit Wirkung vom 28.12.2012. – Dass der Gesetzgeber zum wiederholten Male von falschen Tatsachen ausgegangen ist (BT-Drs 17/11295, 10: „nach zutreffender Rechtsauffassung“ sei die Knabenbeschneidung schon immer erlaubt (vgl. demgegenüber: *Salomon* *Die Beschneidung* [1844] S. 58 ff: nur geduldet) sei nur angemerkt (zu einem anderen, fatalen, Fall legislativer Täuschung der Öffentlichkeit, dem Deal-Gesetz, vgl. SK-StPO5/Paeffgen StPO § 202 a Rn 3 a mit Fn 40).

802 Abl. etwa *Czerner* ZKJ 2012, 374 (379) 433 ff; *Herzberg* MedR 2012, 169; *Peschel-Gutzeit* *Brudermüller-FS* (2014) 517 (520); *dies*. NJW 2013, 3617 (3618 f); *Putzke* *Herzberg-FS* (2008) 669; *Wolf*, *Christoph* *Scheinfeld* JRE 24 (2016) 67 (90 ff); krit. auch: *Großmann* HRRS 2013, 515 ff. – AA insoweit aber OLG Hamm NJW 2013, 3662 ff unter Verweis auf die gesetzgeberische Einschätzungsprärogative; unterschiedliche Aspekte des Konflikts betonend *Hassemer* ZRP 2012, 179; *Hauck* NJW 2012, 2398; *Rixen* NJW 2013, 257; *Schramm* *Kühl-FS* (2014) 603; *Walter* JZ 2012, 1110. – Zur Vermeidetechnik, sich auf § 1631 d Abs. 2 BGB einzulassen, vgl. BVerfG (1. Sen., 2. Kam.) *FamRZ* 2013, 685.

macht von seinem (gesetzlich normierten) Interventionsrecht nur in Fällen eklatanter Rechtsverletzungen Gebrauch. § 1631 d StGB sieht in der Beschneidung offenbar keine solche eklatante Rechtsverletzung. Deren Nichtvorliegen wird aber aufgrund der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten beim empirischen Nachweis von Schadenswahrscheinlichkeiten und den Problemen bei der Bestimmung von Risikoschwellen entsprechender Eingriffe bestritten (vgl. die Nachweise bei *Hörnle/Huster*). Das OLG Hamm hat nun mit Blick auf das Familiensorgerecht verlangt, dass selbst bei einem deutlich unter 14 Jahre alten Kind die Einschätzung der konkreten Interessenlage durch das Familiengericht ermittelt werden müsse (gem. § 159 Abs. 2 FamFG persönlich anzuhören). Denn selbst im Falle einer dabei *nicht* feststellbaren eigenen Einwilligungsfähigkeit seien die geäußerten Wünsche und Neigungen des Kindes im Rahmen des § 1631 d Abs. 1 BGB unter Berücksichtigung der §§ 1626 Abs. 2 S. 2, § 1631 Abs. 2 BGB als maßgeblich zu beachten.⁸⁰³ Gelangten die Eltern und/oder der Arzt indes zu der Auffassung, dass das betroffene Kind einsichts- und urteilsfähig sei, könnten die Eltern nicht mehr in den Eingriff wirksam einwilligen, denn § 1631 d BGB setze voraus, dass dem Kind die Einsichts- und Urteilsfähigkeit fehlten.⁸⁰⁴

Wieso der Gesetzgeber die gesundheitlichen Belange des Kleinstkindes⁸⁰⁵ – angesichts der evidentenmaßen bei den rituellen, gängigerweise *nicht unter schulmäßiger Narkose* (übrigens: ein erneuter, medizinisch an sich nicht indizierter körperverletzender Eingriff) durchgeführten Zirkumzisionen zugefügten Schmerzen und des nicht völlig vernachlässigbaren Gesundheits- und gar Todesrisikos – glaubt, rechtlich(!) marginalisieren zu können, bleibt dunkel.⁸⁰⁶ Dass bei den gängigen religiös motivierten Beschneidungen dem weiteren Erfordernis der *effektiven Schmerzbehandlung* genügt werden würde, was eigentlich jeweils aus der Formulierung „nach den Regeln der ärztlichen Kunst“ folgen sollte,⁸⁰⁷ darf füglich bezweifelt werden.⁸⁰⁸ Man braucht nur auf die gängige frühere Praxis etwa bei jüdischen Beschneidungsriten zu blicken, dem Jungen noch eine zweite/erste Körperverletzung in der Form eine *ersten* Alkoholintoxikation angedeihen zu lassen. Man muss nur die kluge Zusammenstellung von *Mandla* über die vielen gedanklichen Widersprüche und Ungereimtheiten in der Gesetzesbegründung lesen,⁸⁰⁹ um unserem Parlament zu attestieren: **Es hat ihm nicht an einem Mangel an faktengeleiteter und um Stringenz bemühter Einschätzungskompetenz gebrochen!** (Was die Fähigkeit zur konsistenten Gesetzgebung anlangt.)⁸¹⁰ Früher gab es allerdings auch noch ein BMJ, dessen Minis-

156e

803 OLG Hamm (Z) NJW 2013, 3662 ff(m. zust. Bespr. *Rogalla* FamFR 2013, 483 f).

804 Was freilich die unangenehme Folge haben wird, dass die Eltern noch früher zur Beschneidung drängen werden – was die Sachgerechtigkeit des gewählten Hindernisses in ein bezeichnendes Licht taucht.

805 Über das, mit der Beschneidung verbundene gesundheitliche Folgenrisiko, – bis hin zum *letalen* Ausgang –, *Gollaber* Das verletzte Geschlecht (2002) S. 194 ff; *Schäfer/Stebr* in Franz Beschneidung (2014) S. 110 (117 ff); vgl. schon früh: *Salomon* Beschneidung (1844) S. 80 ff, wie auch über die Veränderung einer besonders erogenen Zone, *Putzke* MedR 2012, 621 (622); *Scheinfeld* HRRS 2013, 268 (269); s. auch BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9.4 ff, 35.1 ff., spielt die hM – und der Gesetzgeber – in staunenswerter Weise hinweg.

806 Abl. etwa, in der Sache, ähnl. wie hier: *Czerner* ZKJ 2012, 374 (379) 433 ff; *Peschel-Gutzeit* Brudermüller-FS (2014) 517 (520); *dies.* NJW 2013, 3617 (3618 f); *Putzke* Legal Tribune Online (LTO) v.26.6.2012; *Walter* JZ 2012, 1110 ff. Krit. abwägend auch *Hassemer* ZRP 2012, 179 f. – AA insoweit aber OLG Hamm NJW 2013, 3662 ff unter Verweis auf die gesetzgeberische Einschätzungsprärogative. Wenig differenzierend, vor allem über die Gesundheits- und Letatlitätsrisiken „elegant“ hinwegschend, auch das Gros der Öffentlichrechtler, die sich zum Problem bzw. zur neuen Norm geäußert haben: *Germann* MedR 2013, 412 ff; *Rixen* NJW 2013, 257 ff; *Schwarz* JZ 2008, 1125 ff; *Zähle* AöR 134 (2009) 434 ff; aber auch *Fateh-Moghadam* RW 2010, 115 ff.

807 BT-Drucks. 17/11295, 17; so auch HK-BGB⁸/*Kemper* BGB § 1631 d Rn 5; MüKoBGB/*Huber* BGB § 1631 d Rn 3.

808 Hoffnungsvoller insoweit aber *Scheinfeld* HRRS 2013, 268 (283).

809 *Mandla* FPR 2013, 244 ff. Man könnte die Liste freilich beliebig verlängern, verwiesen sei nur auf die diversen Abhandlungen von *Herzberg*, *Jerouschek*, *Putzke* oder *Scheinfeld* oder die überzeugende Kommentierung von BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9 ff (incl. Annex-Rn), 35.1 ff. – § 89 a, c Rn 1 ff.

810 *Mandla* FPR 2013, 244 (248). Ähnl. BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9 ff (incl. Annex-Rn), 35.1 ff;.

terialbeamte auf Inkonsistenzen in Gesetzgebungsvorhaben hinzuweisen imstande und bereit waren. An der Einschätzung zahlreicher weiterer Autoren, dass dieses Gesetz methoden-, rechtsguts- und verfassungswidrig sei,⁸¹¹ hat bisher noch keines der von mir wahrgenommenen „Argumente“ irgendeinen ernstzunehmenden Zweifel begründen können.

- 156f Einen sektoralen kleinen Lichtblick in dieser an Feigheit und Ignoranz nur schwer überbietbaren politischen, aber auch rechtlichen Diskussion hat ein „kleines“ LG in die Diskussion gebracht, LG Köln NJW 2012, 2128,⁸¹² indem es die **Rechtswidrigkeit der Beschneidung** an einem nicht-einwilligungsfähigen Kind bejaht hat, aber einen unvermeidbaren Verbotsirrtum bei den Handelnden annahm. Das Urteil löste dann freilich jene o. angeklungene parlamentarische Schreckreaktion aus⁸¹³ und mündete in dem o.a., tief fragwürdigen, § 1631 d BGB.
- 156g Bei der Festlegung von zeitlichen Untergrenzen für eine allfällige rechtfertigend wirkende Einwilligung in eine Beschneidung verdient bedacht zu werden, dass ein Kind unter vierzehn Jahren nach dem Sinn der §§ 176 ff StGB **generell nicht** in eine (sogar äußerlich spurlos vorbeigehende) sexuelle Handlung am Genital einzuwilligen vermag; demgegenüber soll es hier plötzlich in eine bleibende Veränderung dieses Sexualorgans durch operativen Eingriff einzuwilligen berechtigt sein.⁸¹⁴ Mit anderen Stimmen ist jedenfalls nicht vor dem 14. Lebensjahr von einer Möglichkeit einer verständigen Einwilligung in einen derart belangreichen Eingriff auszugehen.⁸¹⁵ – IÜ § 228 Rn 18 ff, 103 a ff.
- 156h Zum Verbot der Verstümmelung weiblicher Genitalien vgl. die Kommentierung beim nunmehrigen neuen § 226 a StGB.

4. Mutmaßliche Einwilligung

Literatur: *Coeppicus*, Offene Fragen zum „Patientenverfügungsgesetz“, NJW 2011, 2085; *Diehl/Rebhan*, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung, NJW 2010, 326; *Dlugosz/Joerden*, Zur mutmaßlichen Einwilligung bei medizinischen Eingriffen, Szwarz-FS (2009), 467; *Eichler*, Handeln im Interesse des Verletzten als Rechtfertigungsgrund, 1931 (Nachdruck 1977); *Erb*, Das Verhältnis zwi-

- 811 *Manok* Beschneidung (2015) S. 127 ff; MüKoStGB/*Schlehofer* Rn 166; BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9 ff (incl. Annex-Rn), 35.1 ff; *Sonnekus* JR 2015, 1 (12). Die zahlr., krit. Äußerungen u.a. von *Herzberg* und *Putzke*, aber etwa auch von *Jerouschek*; *Giger* forumpoenale 2012, 95 (100); *Schäfer/Stebr*, in Franz Beschneidung (2014) S. 110 ff, wurden, wohl hinreichend, in Bezug genommen. IE ebenso: Franz/*Herzberg* Beschneidung (2014) S. 267 (312); Franz/*Putzke* Beschneidung (2014) S. 319 (347 ff); Franz/*Scheinfeld* Beschneidung (2014) S. 358 ff; *Herzberg* ZIS 2012, 486 (496 ff); *Isensee* JZ 2013, 317 (327); *Kuntze* ZevKR 58 (2013) 47 (73 ff); *Mandla* FPR 2013, 244 (247); *Peschel-Gutzeit* NJW 2013, 3617 (3618); *Scheinfeld* HRRS 2013, 268; *Walter* JZ 2012, 1110 (1111 ff). – Für verfassungskonform halten die Norm – mit mehr als schwachbrüstiger „Begründung“ – *Bartsch* StV 2012, 604 (607 ff); *Germann* MedR 2013, 412 (413 ff); *Höfling* GesR 2013, 463 (465); *Hörnle* NJW-Beil. 2014, 34 (35); *Hörnle/Huster* JZ 2013, 328 (337 ff); *Rixen* NJW 2013, 257 (262); *Spickhoff* Medizinrecht, § 1631 d Rn 1.
- 812 LG Köln NJW 2012, 2128 f m. zust. Anm. *C.Kempff* JR 2012, 436 ff; u. m. zust. Bespr. *Britz* ZRP 2012, 252 f; *Peglau* jurisPR-StrafR 15/2012 Anm. 2; u. m. abl. Bespr. *Beulke/Diefner* ZIS 2012, 338 ff; *Saliger* BLJ 2012, 90 f; *Yalcin* Betrifft Justiz 2012, 380 ff. – Vgl demgegenüber, schon früh die vorherrschende Permissivität ablehnend: *Herzberg* ZIS 2010, 471 ff; *ders.* MedR 2012, 169 ff; und, unermülich, *Putzke* Herzberg-FS (2008) 669 ff; *ders.* NJW 2008, 1568 ff; *ders.* MedR 2012, 621 ff, u. öfter. – Die Lösung von *Exner* Sozialadäquanz (2011), passim, zwar die Rechtswidrigkeit der Beschneidung anzunehmen, aber eine Strafbarkeit an der Sozialadäquanz scheitern zu lassen, erscheint methodologisch problematisch. – Man kann die Angelegenheit aber auch ganz anders angehen, wie etwa der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats *Bielefeldt*: Historiker nennt Beschneidungsurteil „grobensinnig“, Deutschlandradio Kultur v. 28.6.2012, http://www.deutschlandradiokultur.de/historiker-nennt-beschneidungsurteil-groben-unsinn.954.de.html?dram:article_id=210674 (letzter Aufruf: 9.3.2017). – Vgl. iÜ die umfangreichen bibliographischen Nw bei *Putzke* Religiöse Beschneidung, <http://www.holmputzke.de/in dex.php/kontrovers/religioese-beschneidung> (letzter Aufruf: 9.3.2017), freilich ohne auf die hier – und anderswo – vorgebrachten Aspekte im geringsten einzugehen.
- 813 *Mandla* FPR 2013, 244 (245); *Prittowitz* Kühne-FS (2013) 121 (125 ff); *Putzke* in Franz Die Beschneidung von Jungen (2014) S. 319 (333 ff); *Stumpf* Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit ritueller Beschneidungen, DVBl 2013, 141 ff.
- 814 *Giger* forumpoenale 2012, 95 (100); BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9.4.
- 815 BeckOK StGB/*Eschelbach* (32. Ed. 1.9.2016) § 223 Rn 9.4. Freilich verlangen manche auch eine *individualisierende* Grenzziehung, *Jerouschek* Dencker-FS (2012) 171 (180); *Weilert* RW 2012, 292 (299.).